

Mit Rücksicht auf die in den Vereinigten Staaten anstehende Entscheidung über die Gewährung der Meistbegünstigung für China wurde auch ein Prozeß gegen 14 Dissidenten, die "konterrevolutionärer" Bestrebungen beschuldigt werden, auf einen unbestimmten Termin verschoben. Die Oppositionellen sitzen seit zwei Jahren in Untersuchungshaft.

Unterdessen ist nach Berichten in Hongkonger Medien der Bürgerrechtler Wang Jiaqi (ein Jura-Absolvent der Beijing-Universität, der einige Jahre für die chinesische Staatssicherheit arbeitete, sich dann aber zum Engagement für die Bürgerrechte entschloß; siehe auch C.a., 94/3, S.247; 94/2, S.125-6) dank der Unterstützung durch die Hongkonger Fluchthilfe-Organisation "Gelber Vogel" in die Kronkolonie und schließlich in die Vereinigten Staaten entkommen. Dort wurde ihm offenbar bereits politisches Asyl gewährt. Wang Jiaqis Mitstreiter Yuan Hongbing und Zhou Guoqiang hingegen befinden sich weiterhin in Haft. (FAZ, 6./13./25.4.94; SCMP, 6./13.4.94; SZ, 27.4.94; AWSJ, 25.4.94; NZZ, 7./26.4.94; IHT, 12./13.4.94; LHB, 28.4.94) -hei-

\*(8)

#### **Polizist wegen Mißhandlung eines Volkskongreß-Abgeordneten verurteilt**

Ein Polizist, der im Beijinger Stadtteil Haidian einen zugereisten Volkskongreß-Delegierten mißhandelt hatte (vgl. C.a., 94/2, S.125-6), ist vom Gericht des Stadtbezirks zu einer einjährigen, allerdings zur Bewährung ausgesetzten Haftstrafe und zu nicht konkretisierten Schadensersatzleistungen verurteilt worden. Der Fall hatte zu einer größeren Petitionsaktion gegen die Willkür der Polizeibehörden geführt und war als ein Test für die von der Beijinger Führung proklamierte konsequente Anwendung geltenden Rechts angesehen worden. (ZTS, 7.4.94, nach SWB, 29.4.; *Beijing Wanbao*, 7.4.94, nach SCMP, 8.4.94).-hei-

\*(9)

#### **Modernisierung in den Parteiarchiven: Die "Kleine rote Diskette"**

Informatiker aus den Reihen der chinesischen Armee haben eine Computer-Software entwickelt, die einen be-

quemen Zugriff per PC auf das Gesamtwerk Deng Xiaopings ermöglicht. Vor allem den Parteigeschichtsforschern und Propagandakadern, die sich professionell mit dem Auffinden autoritativer Zitate zur Erklärung der schwankenden Parteilinie beschäftigen müssen, wird das Leben dadurch erleichtert.

Es handelt sich um eine Datenbank zu den gesammelten Werken, Reden und Stellungnahmen Dengs, die mehr als zwei Millionen Schriftzeichen, aber auch Photographien und Illustrationen enthält. Für jeden politischen oder privaten Zweck lassen sich nun die passenden Deng-Zitate nach Eingabe eines Schlüsselbegriffs finden. Die "Kleine rote Diskette" wird sicher weniger fanatisch genutzt werden als die "Kleine rote Bibel" während der Kulturrevolution. Es wird aber erwartet, daß die Deng-Software wenn nicht zum Bestseller, so doch zu einer der meistbegehrten Raubkopien aufsteigen wird. (SCMP, 9.4.94) -hei-

---

## Kultur

---

\*(10)

#### **Hongkonger Journalist zu hoher Freiheitsstrafe verurteilt**

Ende März 1994 wurde der Hongkonger Journalist Xi Yang von einem Beijinger Gericht zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, weil er für schuldig befunden wurde, "Staatsgeheimnisse gestohlen und ausspioniert" zu haben. Ebenfalls verurteilt wurde Tian Ye, der die Informationen weitergegeben haben soll und sogar 15 Jahre Gefängnisstrafe erhielt. Die unverhältnismäßig hohen Strafen haben vor allem in Hongkong, aber auch international große Entrüstung und Proteste hervorgerufen. In Hongkong protestierten mehr als 400 Journalisten mit einem Sit-in vor dem Büro der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua gegen die Verurteilung ihres Kollegen (SZ, 18.4.94).

Der Hintergrund wurde in der *Volkszeitung* wie folgt dargestellt: Xi Yang, 38, lebte bis 1992 in Beijing. In jenem Jahr zog er nach Hongkong, wo er Reporter der angesehenen Hongkonger

Zeitung *Ming Pao* wurde. Für diese Zeitung kam er im Sommer 1993 nach Beijing, um dort insbesondere Informationen über das Bankwesen und andere Wirtschaftsfragen zu erhalten. Über Tian Ye, einen Angestellten der Chinesischen Volksbank, ließ er sich "Staatsgeheimnisse" besorgen, nämlich zwei Informationen, die zum einen den Verkauf von Gold auf dem internationalen Markt betraf, den die Volksbank zum Zwecke der Anhebung der Devisenreserven vornehmen wollte, zum anderen die Zinserhöhung im Juli 1993, die zweite in jenem Jahr. Beide Informationen waren "top secret" und widerrechtlich weitergegeben worden. Xi Yang veröffentlichte diese Informationen in einem Artikel in der *Ming Pao*, wodurch der chinesischen Volkswirtschaft großer Schaden zugefügt wurde. Tian Ye und Xi Yang wurden im Oktober 1993 "rechtmäßig" verhaftet und verurteilt. Beide haben ihre Schuld anerkannt und bereit um Strafminderung gebeten. Doch das Gericht befand in der Verhandlung den Fall für "besonders schwerwiegend": Tian Ye hat als Staatsbediensteter die Vorschriften über die Wahrung von Staatsgeheimnissen mißachtet und widerrechtlich Staatsgeheimnisse "gestohlen" und weitergegeben, während Xi Yang die staatlichen Gesetze mißachtete und Staatsgeheimnisse in einer Zeitung außerhalb der VR China veröffentlichte. Angesichts der Schwere des Vergehens wurden die beiden am 28.März 1994 zu 15 bzw. 12 Jahren Haft verurteilt. (RMRB, 16.4.94, S.4)

In einem begleitenden Kommentar (ebd.) werden die hohen Strafen noch einmal als rechtmäßig und angemessen hingestellt. Illegale Handlungen wie die von Xi Yang sabotierten die Reform- und Öffnungspolitik und hätten die Interessen des Staates verletzt. Sein Fall sei einfach ein Verbrechen, und die Verurteilung solcher Verbrecher habe nichts mit der Wahrung der Freiheit eines Journalisten zu tun, sich auf legale Weise Nachrichten zu beschaffen. Zwischen legalem Sammeln von Nachrichten und illegalem Spionieren bestehe ein klarer Unterschied. Die chinesische Regierung beschütze die Freiheit des Nachrichtensammelns, aber nicht die Freiheit des Stehlens von Staatsgeheimnissen.

Das Problem ist, daß gerade der "klare Unterschied" zwischen legaler und illegaler journalistischer Recherche, wie

er in dem Kommentar herausgestellt wird, nicht gegeben ist. Für China handelt es sich bei diesem Fall nicht um einen staatlichen Eingriff in die Pressefreiheit eines Hongkonger Journalisten, sondern um einen Gesetzesbruch, und "Gesetze sind heilig und dürfen nicht gebrochen werden" (ebd.). Anstatt klare Kriterien zu nennen, sind diese jedoch schwammig formuliert. So verwundert es nicht, daß die Urteile in der ausländischen Presse einhellig als willkürlich und unangemessen hoch bewertet werden (s. z.B. AWSJ, 7.4.94; IHT, 8. u. 16./17.4.94; FT, 15.4.94). Der Fall hat dazu geführt, daß die Unsicherheit unter ausländischen Journalisten in China steigt. Zwar wollen sich die Zeitungsherausgeber in Hongkong durch das Urteil nicht einschüchtern lassen, aber die Journalisten selbst sind vorsichtiger geworden und unterwerfen sich einer stärkeren Selbstkontrolle (IHT, 8.4.94). Gerade dies scheint Beijing mit dem Urteil bezwecken zu wollen; es sollte ein Exempel statuiert werden, daß Beijing nicht gewillt ist, seine Vorstellung einer sehr eng gefaßten Pressefreiheit zugunsten der breiteren Auslegung westlicher Medien aufzugeben. Daß solche Urteile nicht geeignet sind, das internationale Vertrauen in die chinesische Rechtsprechung zu stärken, scheint China nicht zu stören. Wichtig ist ihm das abschreckende Beispiel. Im übrigen scheint die Situation für chinesische Journalisten aus Hongkong gefährlicher zu sein als für westliche Korrespondenten, die bei unliebsamer Berichterstattung gewöhnlich nur des Landes verwiesen werden. Chinesen, noch dazu, wenn sie wie Xi Yang aus der VR China kommen, werden um gleich strenger behandelt. -st-

\*(11)

#### Vagabundierende Reporter

Ein neuer Typ von Journalist ist in jüngster Zeit in China entstanden: Reporter, die nicht mehr fest bei einer Zeitung angestellt sind und ein monatliches Salär beziehen, sondern in eigener Verantwortung Nachrichten sammeln und diese an die Zeitungen verkaufen. Diese sog. "vagabundierenden" (*liulang*) Reporter sind von morgens bis abends auf der Suche nach "wirklichen Nachrichten" unterwegs und konkurrieren erfolgreich mit den regulären, festangestellten Zeitungsreportern. Sie verdienen das Mehrfache an

Gehalt wie diese, haben dafür aber keinerlei Sicherheit, d.h. sie genießen keine freie Gesundheitsversorgung und sonstige Vergünstigungen und können ihren Job von heute auf morgen verlieren. Die meisten dieser Reporter sind in der Provinz Guangdong zu finden, die nach Beijing und Shanghai die meisten Zeitungen herausbringt, d.h. sie profitieren von dem dort boomenden Pressewesen. In Guangdong gibt es mittlerweile 120 Zeitungen mit landesweitem Vertrieb und 280 Blätter, deren Vertrieb auf diese Provinz beschränkt ist. Gerade die Zeitungen, die nur in Guangdong verkauft werden dürfen, unterliegen zahlreichen Restriktionen und haben knappe finanzielle Ressourcen. Deshalb arbeiten sie gern mit "vagabundierenden" Reportern, um Kosten zu sparen. Aber auch die etablierten Zeitungen stellen aufgrund des Mangels an örtlichen Reportern vielfach "vagabundierende" Reporter ein.

"Vagabundierende" Reporter, die für die *Xiandai Ren Bao* ("Modern People Journal") arbeiten, verdienen im Monat mehr als 2.000 Yuan. Manche dieser Reporter kommen sogar auf 3.000 bis 4.000 Yuan pro Monat. Ein solcher Verdienst wird aber mit den erwähnten Unsicherheiten und einem entbehrungsreichen Leben bezahlt, denn diese Journalisten haben in der Regel keine feste Wohnung, sondern schlafen im Büro oder in Wohnheimen. Die *Dongfang Yebao* beispielsweise stellt ihren "vagabundierenden" Reportern ein Wohnheim, Fahrräder und Essen zur Verfügung. Viele dieser Reporter machen sich Sorgen um ihre Zukunft.

In Guangzhou, der Hauptstadt der Provinz Guangdong, wird die Zahl der "vagabundierenden" Reporter auf etwa einhundert geschätzt. Von offizieller Seite, so z.B. dem Leiter der Publikationsabteilung des Presse- und Publikationsbüros der Provinz Guangdong, wird ihre Tätigkeit positiv bewertet. "Vagabundierende" Reporter und die große Zahl neugegründeter Zeitungen, so ließ er verlauten, würden die Druckindustrie ankurbeln, und der Wettbewerb würde die alten Zeitungen zwingen, ihre Qualität zu verbessern. (Vgl. dazu *Zhongguo Tongxun She*, Hongkong, 12.4.94, nach SWB, 15.4.94.)

Die "vagabundierenden" Reporter stellen zweifellos ein belebendes Element im Pressewesen dar. Aus ihrer Kon-

kurrenzsituation heraus müssen sie sich bemühen, interessante Nachrichten schnell zu verarbeiten und zu verkaufen. Gerade eine wirtschaftlich blühende Provinz wie Guangdong bietet ein günstiges Pflaster für "fliegende Reporter". Insbesondere für junge Leute dürfte die Tätigkeit aufgrund des hohen Verdienstes anziehend sein. Solche, die journalistisches Talent entfalten, können sich möglicherweise einen Namen machen und später eine feste Anstellung in einer Zeitungsredaktion erhalten. Die Kehrseite allerdings ist, daß diese Reporter eine ähnlich ungesicherte Existenz führen wie die Wanderarbeiter. Wahrscheinlich wird ihre Zahl schnell wachsen, weil die Zeitungen sich zunehmend selbst finanzieren und infolgedessen sparen müssen. -st-

\*(12)

#### China-Programm von Star TV ohne BBC-Nachrichten

Die in Hongkong ansässige Star Television des Medienzars Rupert Murdoch hat Ende März 1994 beschlossen, die BBC-Nachrichten aus seinem für die VR China bestimmten Programm herauszunehmen (AWSJ, 30.3.94; IHT, 31.3.94). Von seiten des Unternehmens wurde der Schritt damit begründet, daß der chinesische Fernsehmarkt nur eines wünsche, nämlich Unterhaltung. In Wirklichkeit aber scheint die Entscheidung eine Konzession an die chinesische Regierung zu sein, die der BBC nicht nur gram ist wegen einer u.a. das Privatleben berührenden Dokumentation über Mao Zedong, sondern offensichtlich ihrer Bevölkerung auch die authentische und objektive Berichterstattung, für die die BBC gerühmt wird, vorenthalten möchte. Star TV ist der erste ausländische Fernsehsender, der über Satellit ein chinesischsprachiges Programm in China ausstrahlt. Weitere ausländische Sender drängen auf den chinesischen Markt, so etwa der US-Sender CNN International, dessen Chef Ted Turner sich kürzlich in einer Rede auf einer Medienkonferenz in Hongkong sogar von der Menschenrechtspolitik der Clinton-Administration distanziert haben soll; von Hongkong reiste er zu Gesprächen nach Beijing weiter (AWSJ, 30.3.94).

Auch der Hongkonger Fernsehproduzent Robert Chua stellt sich auf den chinesischen Markt ein. Er hat kürzlich

die "China Entertainment Television Broadcast Ltd." gegründet, um mit dieser ab 1995 chinesische Programme nach China auszustrahlen - ohne Sex und Gewalt, wie er beteuerte, und ohne Nachrichten, weil diese für China die empfindlichsten Programme seien. Statt dessen plant er ein Unterhaltungsprogramm für die Familie (AWSJ, 5.4.94).

Wer auf den chinesischen Medienmarkt drängt, das zeigen diese Beispiele, muß sich den Vorgaben Beijings beugen. Die Presse mag es kritisieren, daß aus geschäftlichem Kalkül Grundsätze wie Pressefreiheit und Informationspflicht aufgegeben werden (vgl. a.a.O.); aber diese Ideale müssen in China vorsichtig und behutsam verfolgt werden. Pressefreiheit sollte in jedem Fall dort ihre Grenzen finden, wo die durch die kulturelle Tradition geprägten Verhaltensnormen verletzt werden. Was die Informationspflicht betrifft, so ist nicht abzusehen, daß die Kommunistische Partei auf ihr Nachrichtenmonopol verzichtet. Insbesondere eine kritische Berichterstattung ausländischer Medien über China will sie der Bevölkerung vorenthalten. -st-

\*(13)

### Trends im Publikationssektor

Das chinesische Publikationswesen hat sich in den vergangenen 15 Jahren stark ausgeweitet. Heute gibt es in China 2.040 Zeitungen und 7.596 Zeitschriften (RMRB, 13.4.94, S.3), und die Zahl der veröffentlichten Bücher erreichte 1993 97.000 Titel (RMRB, 15.4.94, S.5). Die Entwicklung läßt sich ermessen, wenn man die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1978, das Jahr vor Beginn der Reformpolitik, heranzieht: 186 Zeitungen, 930 Zeitschriften und knapp 15.000 Buchtitel (Statistisches Jahrbuch 1992). Alle Publikationen unterstehen strenger staatlicher Kontrolle. Für diese ist die 1987 eingerichtete staatliche Behörde für das Presse- und Publikationswesen (*Xinwen chuban shu*) zuständig; entsprechende Behörden gibt es auf Provinzebene. Die Gründung neuer Zeitungen und Zeitschriften oder neuer Verlage muß durch die Behörde genehmigt werden. Ebenso kann die Behörde Schließungen und Publikationsverbote aussprechen. Außerdem bestimmt sie die Richtlinien für den gesamten Publikationssektor.

Für dieses Jahr hat die Behörde für das Presse- und Publikationswesen die Richtlinie ausgegeben, keine Neugründungen von Zeitungen und Zeitschriften zu genehmigen, sondern zunächst die Qualität der bestehenden Periodika anzuheben. Das Hauptproblem sei die Qualität, nicht die Quantität. Ausschlaggebend für die Qualität sei zum einen, daß der Inhalt nicht gegen staatliche Gesetze und Bestimmungen verstößt, zum anderen, daß die Publikation gut ist, d.h. die politische Richtung stimmt. Die grundlegende Richtung habe sich an der Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung zu orientieren. Zeitungen und Zeitschriften seien Propagandawerkzeuge und hätten dem wirtschaftlichen Aufbau und den vier Modernisierungen zu dienen. Sie dürften dem Staat nicht schaden und hätten immer auf die Wirkung zu achten. Grundsätzlich sollten keine neuen Genehmigungen gewährt, sondern die bestehenden Periodika "auf Linie gebracht" werden. (Vgl. Interview mit dem stellvertr. Leiter der Behörde Liang Heng in RMRB, 13.4.94; s.a. RMRB, 7.4.94, S.5.)

Auch Buchpublikationen werden durch die Behörde kontrolliert. Dies geschieht dadurch, daß die Verlage der Behörde jedes Jahr ihre Publikationspläne für das betr. Jahr zur Begutachtung vorlegen. In diesem Jahr haben 450 Verlage 59.784 ausgewählte Titel vorgelegt, durchschnittlich 133 Titel pro Verlag. Die Behörde rechnet damit, daß etwa 100 Verlage ihre Pläne noch nicht mitgeteilt haben, so daß ca. 13.000 Titel hinzukämen. Zu der Summe von 73.000 Titeln müßten erfahrungsgemäß noch einmal 25% hinzugezählt werden, so daß nach den Vorausberechnungen der Behörde in diesem Jahr rund 90.000 Buchtitel erscheinen würden. Dies sei gegenüber den 97.000 Titeln des Jahres 1993 eine Abnahme. (RMRB, 15.4.94) Bei Buchpublikationen macht sich also die Politik, lieber weniger zu veröffentlichen, dafür aber die Qualität zu verbessern, auch bemerkbar.

Die Behörde für das Presse- und Publikationswesen hat die ihr von den Verlagen zur Prüfung vorgelegten Publikationspläne für dieses Jahr analysiert und dabei gewisse Trends festgestellt (ebd.), von denen die wichtigsten hier wiedergegeben werden sollen.

Eine Strukturanalyse ergab für die einzelnen Sparten folgende Anteile:

Naturwissenschaften und Technik:  
31,5% (18.857 Titel)  
Sozialwissenschaften:  
32,3% (19.336 Titel)  
Literatur und Kunst:  
14,6% ( 8.760 Titel)  
Erziehungswesen:  
15,5% (9.251 Titel)  
Kinderbücher:  
6,0% ( 3.580 Titel)

Diese Struktur wird insgesamt als ausgewogen und vernünftig bezeichnet. Unter den Sozialwissenschaften, so heißt es, nähmen Wirtschaft und Rechtswesen den größten Teil ein. Die Rubrik Wissenschaft und Technik mache etwa ein Drittel aller Publikationen aus; dies entspräche ihrer Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau und der Forderung, daß sie die wichtigste Produktivkraft seien. Belletristische Titel seien von 30 Literaturverlagen angemeldet worden; sie würden in diesem Jahr durchschnittlich 116 Titel veröffentlichen. Im vergangenen Jahr hätten sie noch durchschnittlich 200 Titel publiziert; dies sei ein Rückgang von 40%. Erfreulich sei aber, daß unter den diesjährigen Titeln 480 wichtige Bücher seien, 8% mehr als im letzten Jahr.

Eine Inhaltsanalyse wurde ebenfalls vorgenommen. Anhand des Berichts lassen sich die Entwicklungstrends, aber auch bestehende Probleme ableiten (ebd.).

Für die *Sozialwissenschaften* werden vier Besonderheiten genannt:

1. Nachdem 1992/93 eine Neuauflage von Lenins Gesammelten Werken und von Mao Zedongs Ausgewählten Werken (Bd. 1-4) sowie der 3. Band von Deng Xiaopings Schriften erschienen war, wird in diesem Jahr als wichtigstes Projekt eine Gesamtausgabe von Marx/Engels (für die 15 Jahre veranschlagt sind) begonnen; daneben werden weitere Ausgaben von Werken Lenins, Maos und Dengs erscheinen.
2. Die Zahl der Titel über die Theorie des Aufbaus eines Sozialismus chinesischer Prägung nimmt in diesem Jahr stark zu.
3. Bücher über Wirtschaft und Rechtswesen sind stark anwendungsorientiert.
4. Bücher über Erziehung zum Kollektivismus, Patriotismus und Sozialismus nehmen stark zu und sind von besserer Qualität.

Daneben werden für diese Rubrik auch vier Problembereiche angeführt:

1. Es gibt eine Reihe von Themen, auf die besonders zu achten ist (d.h. im Klartext sensible Themen): Lebensbeschreibungen politischer Führungspersönlichkeiten, die nur von autorisierten Verfassern und nach eingehender Prüfung veröffentlicht werden dürfen; religiöse Fragen der Nationalitäten, weil solche Bücher "negative Folgen" haben können; militärische und außenpolitische Themen, bei denen darauf zu achten ist, daß keine Staatsgeheimnisse preisgegeben werden; Bücher über die Kulturrevolution, weil sie, wenn sie nicht gut geschrieben sind, oft dazu führen, "alte Rechnungen zu begleichen", was wiederum zu Gegensätzen und Störungen des wirtschaftlichen Aufbaus führt.

2. Problematisch sind auch Themen aus dem politischen Leben, weil sie vielfach auf Vermutungen und Gerüchten beruhen und leicht zu Instabilität führen können.

3. Bücher, die "feudalistischen Aberglauben" verbreiten, dürfen nicht veröffentlicht werden. (Die Grenze zwischen religiöser Literatur und solcher, die die Partei als feudalistischen Aberglauben bezeichnet, ist oft schwer zu ziehen.)

4. Eine unerwünschte Erscheinung ist schließlich die Jagd nach "heißen Themen" (*redian*), wie z.B. Bücher über Aktien oder Termingeschäfte, deren Zahl letztes Jahr mehr als 200 betrug (hier will man wohl die Zahl der unterschiedlichsten Publikationen einschränken und nur autorisierte Anleitungen zulassen). Weitere "heiße Themen" sind Übersetzungen alter klassischer Texte in modernes Umgangschinesisch; diese Arbeit wird von Dutzenden von Leuten in kürzester Zeit erledigt, worunter die Qualität leidet; hier soll jetzt mehr auf Qualität geachtet werden. Eine dritte Art von Rennern sind Unterrichtsbegleiter und Nachhilfebücher für Schüler, die von vielen Verlagen unautorisiert herausgebracht werden, weil sie sehr einträglich sind; für die Eltern stellen sie allerdings eine große Belastung dar. Schließlich soll auch die Zahl der Bücher zu Fragen des täglichen Lebens eingeschränkt werden, von denen eine Flut erscheint, die sich aber zum großen Teil wiederholen.

Für die *Belletristik* werden drei positive Trends aufgeführt:

1. Die Zahl der Romane steigt wieder, nachdem sie in den letzten Jahren zurückgegangen war. Dreißig Literaturverlage bringen dieses Jahr gut 600 Romane heraus, das sind 18% aller literarischen Werke, 10% mehr als im vergangenen Jahr.

2. Namhafte Schriftsteller sind stark vertreten, so u.a. Chen Rong (*Ren guo zhongnian*), Zhang Wei (*Ni zai gao yuan*), Wei Junyi (*Lusha a, lu zai nali*), Wei Wei (*Xin cheng*), Zhou Erfu (*Wu Chongqing*) und Li Ruqing (*Guyuan muse*).

3. Vom Inhalt betrachtet, sind viele Werke der ernsten, reinen Literatur zuzurechnen (d.h. keine Trivialliteratur).

Als erfreulich wird ferner bewertet, daß Trivialromane und seichte Kungfu-Romane aus Hongkong und Taiwan stark rückläufig sind. Nur etwa 100 Titel der Trivialliteratur und -kunst sind von den Verlagen angemeldet worden, und die Mehrzahl darunter kommt vom Festland.

Wie sich denken läßt, gibt es auch im literarischen Sektor Probleme, die wie folgt benannt werden:

1. Bei Übersetzungen ist ein drastischer Rückgang zu verzeichnen. Dies schadet der Entwicklung der chinesischen Literatur, der Reform- und Öffnungspolitik sowie dem tieferen Verständnis der Entwicklung und des Wandels der Welt. Unter den angemeldeten Titeln befinden sich nur knapp 100 Titel zeitgenössischer Literatur des Auslands. Verlage, die in der Vergangenheit für die Publikation von Übersetzungsliteratur bekannt waren, haben für dieses Jahr nur einige wenige Titel vorgesehen, wie z.B. ein relativ einflußreicher lokaler Literatur- und Kunstverlag, der 1993 über 60 literarische Werke des Auslands herausbrachte und in diesem Jahr nur 6 Titel plant. Bei Übersetzungen soll ferner darauf geachtet werden, daß keine Mehrfachpublikationen erscheinen. Von *Rot und Schwarz* beispielsweise gibt es bereits 13 Übersetzungen.

2. In der Romanliteratur wird zu viel über Sex geschrieben. Man ist nicht generell gegen Beschreibungen sexual-

ler Dinge, aber es kommt darauf an, wie und in welchem Maße diese beschrieben werden.

3. Seit dem vergangenen Jahr veröffentlicht eine Reihe von Verlagen ohne Genehmigung Romane der Ming- und Qing-Zeit, in denen pornographische Beschreibungen vorkommen. Sie werden als ungekürzte Ausgaben angepriesen und üben insbesondere auf junge Leser einen ungesunden Einfluß aus. Die Behörde für das Presse- und Publikationswesen hat letztes Jahr hierzu verfügt, daß solche Bücher nur mit Sondergenehmigung veröffentlicht werden dürfen.

4. Für Bücher aus Hongkong und Taiwan müssen weiterhin Genehmigungsverfahren durchgeführt werden. Viele Verlage stellen die Behörde vor vollendete Tatsachen, indem sie solche Bücher ohne Genehmigung herausbringen.

Auf dem Sektor *Wissenschaft und Technik* sind drei Trends zu beobachten:

1. der Trend zu größerer Anwendungsorientiertheit;

2. der Trend, daß anspruchsvolle wissenschaftlich-technische Bücher zu einem Schwerpunkt der Wissenschaftsverlage geworden sind, weil sowohl die Finanzen wie auch Qualität und Zeit keine Probleme mehr darstellen. Noch vor Jahren war es schwierig, erstklassige wissenschaftliche Werke herauszubringen (wegen der hohen Kosten und kleinen Auflagen); um die Veröffentlichung solcher Werke zu erleichtern, wurden in den letzten Jahren mehr als 20 Stiftungen gegründet. In diesem Jahr werden etwa 900 Werke für hohe wissenschaftliche Ansprüche erscheinen, darunter gut 100, die von Stiftungen gefördert wurden;

3. der Trend bei den Wissenschaftsverlagen zu immer größerer Ausweitung ihrer fachlichen Ausrichtung.

Zugleich werden die Wissenschaftsverlage ermahnt, auf folgende drei Punkte zu achten:

1. Bücher zu verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens (Inneneinrichtung, Mode, Kosmetik, Gesundheit usw.) nehmen überhand. Wenn diese Flut nicht eingeschränkt wird, kann das

die Veröffentlichung wichtiger Bücher beeinträchtigen. Gegenüber solchen Sachbüchern, die nicht weniger als 20 % im Sektor Wissenschaft und Technik ausmachen, nehmen wissenschaftlich-technische Bücher von hohem Niveau nur 10% ein. Diese Struktur zeigt deutlich, daß das wissenschaftliche Niveau der Rubrik Wissenschaft und Technik insgesamt angehoben werden muß.

2. In diesem Jahr ist die Zahl der Übersetzungen weiter zurückgegangen. Vor einigen Jahren machten Übersetzungen im Wissenschaftsbereich durchweg noch 20 bis 30% aus; 1994 ist ihr Anteil auf ca. 5% gesunken. In vielen Bereichen ist das wissenschaftlich-technische Niveau Chinas noch sehr rückständig, deshalb ist es wichtig, durch Übersetzungen wissenschaftlicher Werke des Auslands die neuesten Forschungsergebnisse in China einzuführen. Die Wissenschaftsverlage werden aufgerufen, diese Situation zu ändern.

3. Die Wissenschaftsverlage sollen sich auf ihr Spezialgebiet konzentrieren und ihre Aktivitäten nicht auf das große Feld der Wissenschaft und Technik ausdehnen. Sonst sind sie auf ihrem Spezialgebiet nicht mehr führend und verlieren ihren besonderen Charakter und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit.

An den Bewertungen, Empfehlungen und Richtlinien dieser Analyse ist deutlich abzulesen, was offiziell erwünscht ist und was nicht. Marxistische Klassiker sowie Werke von Mao und Deng nehmen immer noch breiten Raum ein. Den größten Anteil aller Buchveröffentlichungen aber machen Bücher aus, die der Modernisierung und der Wirtschaft dienen. Dies entspricht der offiziellen Politik, nach der der wirtschaftliche Aufbau die zentrale Aufgabe ist. Unerwünscht sind neben den üblichen Tabuthemen (politisch heikle Themen, sog. religiöser Aberglaube, Sex, Kungfu u.ä.) gewisse Tendenzen im Verlagswesen, vor allem das Bemühen der Verlage, teilweise fachfremde Veröffentlichungen herauszubringen, die sich gut absetzen lassen. Angesprochen sind hier in erster Linie Wissenschaftsverlage, die ihre wirtschaftlich schwierige Lage durch "Renner" aufzubessern suchen, indem sie z.B. Sachbücher über verschiedene Bereiche des Alltagslebens publizieren,

oder Verlage, die keine Schulbuchverlage sind und deswegen auch keine offiziellen Schulbücher herausbringen dürfen, die aber alle möglichen Nachhilfe- und Zusatzbücher für Schüler veröffentlichen und sie als unersetzliche Hilfe für Prüflinge anpreisen. Von Verlagsseite sind solche Bemühungen zu verstehen, denn die Verlage müssen sich zunehmend selbst finanzieren. Von staatlicher Seite jedoch wird versucht, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Der Grund liegt darin, daß man die bestehende "Arbeitsteilung", d.h. Spezialisierung der Verlage um der größeren Übersichtlichkeit wegen erhalten will. Eine übersichtliche Verlagslandschaft läßt sich leichter kontrollieren. Allerdings wird ein beträchtlicher Teil der in jedem Jahr erscheinenden Publikationen nicht ordnungsgemäß vorher der Behörde gemeldet, so daß eine wirksame Kontrolle schon aus diesem Grunde nicht immer gegeben ist. -st-

\*(14)

#### **Erlaß über versuchsweise Reform des Hochschulzugangs und der Arbeitsplatzzuteilung**

Die seit Jahren im Gespräch befindliche Reform des Hochschulzugangs und der Arbeitsplatzzuteilung hat jüngst durch einen Erlaß der Staatlichen Erziehungskommission neuen Auftrieb bekommen. Zwar sind diese beiden wichtigen Aspekte der Hochschulreform in verschiedenen Reformprogrammen und -plänen festgelegt, so vor allem in dem "Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" vom Beginn des Jahres 1993 (vgl. C.a., 1993/2, Ü 9) und in den "Ansichten der Staatlichen Erziehungskommission über die beschleunigte Reform und aktive Entwicklung der regulären Hochschulbildung" vom Februar 1993 (s. ebd., Ü 10), und sie werden teilweise auch schon praktiziert. Doch sind sie noch nicht allgemein verbindlich eingeführt. Auch bei der jüngsten Verlautbarung handelt es sich um "Ansichten" (*yijian*), d.h. sie haben keine bindende Kraft, bestätigen aber die Reform. Sie stellen eine Stufe auf dem Wege zur endgültigen Regelung dar und können in dieser Versuchsphase noch modifiziert werden.

Die Verlautbarung der Staatlichen Erziehungskommission wurde Ende April 1994 erlassen und trägt den Titel "An-

sichten über Versuche hinsichtlich der weiteren Reform des Systems des Zugangs und der Arbeitsplatzzuteilung im regulären Hochschulwesen" (vgl. GMRB, 30.4.94). Gegenwärtig, so heißt es in dem Dokument, gebe es zwei nebeneinander bestehende Arten des Hochschulzugangs: die Zulassung aufgrund der staatlichen Planung und die regulierende Planung, bei der die Hochschulen zusätzlich Selbstzahler aufnehmen können. Der Anteil der zweiten Form werde von Jahr zu Jahr größer. Ziel der Reformmaßnahmen ist es, durch die Einführung des Studiengeldsystems den Staat von seinen beiden traditionellen Verpflichtungen zu entbinden, den Studenten das Studium zu bezahlen und ihnen nach Absolvierung der Hochschule einen Arbeitsplatz in einer staatlichen Institution zu garantieren. Statt dessen sollen die Studenten ihr Studium zunehmend selbst finanzieren oder sich durch Unternehmen finanzieren lassen; zugleich sollen Stipendien- und Darlehenfonds eingerichtet werden. Nach dem Studium sollen sich die Absolventen in eigener Verantwortung eine Stellung auf dem Arbeitsmarkt suchen.

Was die Höhe des Studiengeldes betrifft, so soll sie den "Ansichten" der Erziehungskommission zufolge unterschiedlich festgelegt werden je nach Ort, Schule und Fach; zudem sollen nicht nur die tatsächlichen Ausbildungskosten geprüft werden, sondern auch die finanzielle Belastbarkeit der Familien. Die einzelnen Schulen müssen ihre Vorstellungen über die Höhe des Schulgeldes den jeweiligen Aufsichtsbehörden unterbreiten und von diesen genehmigen lassen (ebd.).

Bislang wird die Reform des Hochschulzugangs und der Arbeitsplatzzuteilung nur an ausgewählten Versuchshochschulen praktiziert, in diesem Jahr an 37 Universitäten und Hochschulen. Diese Versuchshochschulen behandeln die alten Studenten noch nach der alten Methode und wenden die neue Methode nur bei den neuen Bewerbern an. Während der Zulassungszeit und bevor die Kandidaten die Formulare mit ihren Studienwünschen ausfüllen, müssen die Versuchshochschulen ihre Zulassungspläne und die Höhe des Studiengeldes sowie Stipendien- und Darlehenmöglichkeiten bekanntgeben, damit die Studienbewerber sich danach richten können. Staatliche Stipendien werden

für Studienfächer gewährt, die für staatliche Schwerpunktprojekte wichtig sind oder in denen Mangel an Nachwuchs herrscht, wie z.B. Verteidigungszwecken dienende Fächer, Grundlagenwissenschaften, Pädagogik, und für Leute, die nach dem Studium in die Grenzgebiete gehen oder unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen. Ferner können Betriebe, Unternehmen und gesellschaftliche Institutionen Stipendienfonds einrichten. Kandidaten können sich um solche Sonderstipendien bewerben, müssen dann aber nach dem Studium vertragsgemäß für das betr. Unternehmen arbeiten. Studenten, die kein staatliches Stipendium erhalten oder denen das Studium nicht durch ein Unternehmen finanziert wird, müssen sich nach dem Studium selbst einen Arbeitsplatz suchen. Studenten, die ihr Studium mit Darlehen finanzieren, kann der Staat die Rückzahlung der Darlehen erleichtern oder erlassen, wenn die Studenten nach Abschluß ihres Studiums eine Arbeit in einer vom Staat bestimmten Einheit oder Ortschaft annehmen. Alle anderen Darlehensempfänger müssen ihre Darlehen nach dem Studium mit Zinsen zurückzahlen. Als Anreiz für die Studierenden richten die einzelnen Hochschulen außerdem Stipendien für hervorragende Leistungen ein. Insgesamt, so wird gesagt, soll kein vielversprechender Student, der sein Studium nicht bezahlen kann, vom Studium ausgeschlossen werden (ebd.). -st-

\*(15)

#### Rückläufige Zahl von Drogenabhängigen in Yunnan

Die südwestchinesische Provinz Yunnan, das Zentrum des chinesischen Drogenhandels und in zunehmendem Maße Zwischenstation für aus Südostasien, insbesondere dem "Golden Triangle" kommende und für westliche Märkte bestimmte Drogen, meldet Erfolge in der Bekämpfung von Drogenabhängigkeit. Die Zahl der Drogenabhängigen in dieser Provinz soll von 57.000 (1990) auf 40.000 (Ende 1993) oder um 30 Prozent zurückgegangen sein. Neben dem Kampf gegen Drogenkriminalität hat sich Yunnan nach Aussagen des Provinzministeriums für Öffentliche Sicherheit bemüht, den Drogenmißbrauch zu bekämpfen und Rehabilitationszentren einzurichten. Auf diese Weise konnte die Zahl neuer Drogenabhängiger eingedämmt wer-

den. Während vor 1990 jährlich 10.000 neue Abhängige zu verzeichnen waren, sind es in den letzten drei Jahren etwa 2.000 pro Jahr. Seit 1990 werden in jedem Jahr etwa 20.000 Drogenabhängige behandelt; die Erfolgsrate der Rehabilitation wird mit zehn Prozent beziffert. In den vergangenen zwei Jahren wurden in der Provinz 16 Mio. Yuan für den Bau von 28 Rehabilitationszentren investiert. Yunnan hat auch Bestimmungen über Zwangsmaßnahmen zur Rehabilitation von Drogenabhängigen erlassen. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, 1.4.94, nach SWB, 23.4.94)

Yunnan ist nicht die einzige Provinz mit Drogenproblemen. Solche haben mittlerweile sechzehn Provinzen, wobei sich die Situation vor allem in den Provinzen Sichuan, Guizhou, Gansu und Shaanxi verschlimmert. Offiziell wird die Gesamtzahl der registrierten Drogenabhängigen in China mit 250.000 angegeben, doch dürfte die tatsächliche Zahl weitaus höher liegen. (SCMP, 2.4.94) Noch vor wenigen Jahren wurde das Vorhandensein des Drogenproblems von offizieller Seite geleugnet oder heruntergespielt. Nicht zuletzt aufgrund der Ausbreitung von AIDS sind die Behörden tätig geworden, denn die meisten AIDS-Infizierten sind Drogenabhängige. Die größte Zahl der HIV-Träger Chinas findet sich denn auch in Yunnan. Die Provinz hat ein Amt für die Verhütung und Kontrolle von AIDS gegründet und in den vergangenen vier Jahren 7,6 Mio. Yuan für Aufklärung und Behandlung ausgegeben. Durch ein strenges Überwachungssystem soll die Ausbreitung der Krankheit verhindert werden. Ständig beobachtet werden knapp 150.000 gefährdete Personen. Ende 1993 wurden 977 HIV-Träger ermittelt, bei 17 von ihnen war die Krankheit ausgebrochen und neun waren bereits gestorben. Über jeden AIDS-Infizierten, von denen die Mehrzahl im westlichen Grenzgebiet der Provinz lebt, wird genau Buch geführt und intensive Aufklärungs- und Erziehungsarbeit in deren Familien geleistet. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 14.3.94, nach SWB, 23.4.94) -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(16)

#### Frankreich wieder als Wirtschaftspartner willkommen

Nachdem Frankreich aufgrund der Verkäufe von Mirage-Flugzeugen an Taiwan mehr als 18 Monate bei der Vergabe von Großaufträgen diskriminiert worden war (siehe hierzu auch die Ü 1, C.a., Januar 1994, S. 5 und 6), hat sich das politische Klima mit dem Besuch von Premierminister Balladur wieder entspannt. Frankreich erhofft sich hierdurch auch eine Verbesserung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und der französischen Position auf dem chinesischen Markt.

Nach Einschätzung des französischen Industrie- und Handelsministers Gérard Longuet mußten Frankreichs Unternehmen Verluste aus nicht zustande gekommenen Verträgen in Höhe von rd. 825 Mio. US\$ hinnehmen. Der französische Unternehmerverband beziffert die Verluste sogar auf das Doppelte. (*The Straits Times*, 23.1.94) Inzwischen hätten sich andere ausländische Unternehmen in die Lücke gedrängt, die Frankreich hinterlassen habe. (SCMP, 31.1.94)

Die französische Industrie möchte vor allem wieder Großprojekte im Energie-, Telekommunikations- und Transportsektor gewinnen. In Diskussion ist der Bau eines zweiten Atomkraftwerkes in Südchina, nachdem das von Framatome und Electricité France gebaute Daya-Bay-Atomkraftwerk ans Netz gegangen ist. Weiterhin plant Elf Aquitaine (Öl-, Pharma und Chemikalien), zusammen mit der Shanghaier Stadtverwaltung und der Shanghai Petrochemical eine große Erdölraffinerie zu bauen. Elf Aquitaine gilt als bis größter französischer Investor in China. Auch der Elektronikkonzern Alcatel Alsthom will sein China-Engagement weiter verstärken. Nach dem erfolgreichen Verkauf des französischen Hochgeschwindigkeitszuges an Südkorea wird Frankreich langfristig auch versuchen, den chinesischen Markt zu gewinnen. (HB, 11.4.94)